

Rainer Brunner (Hrsg.)

# **Islam**

Einheit und Vielfalt einer Weltreligion

Verlag W. Kohlhammer

Umschlagabbildung: Yeni Cami (Neue Moschee), Istanbul, Foto: Rainer Brunner

1. Auflage 2016

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-021822-2

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-030498-7

epub: ISBN 978-3-17-030499-4

mobi: ISBN 978-3-17-030500-7

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

# Inhalt

<b>Vorbemerkung</b> .....	9
<b>Geographie des islamischen Raumes</b> .....	11
<i>Anton Escher</i>	
<b>Anmerkungen zur Geschichte der Islamwissenschaft</b> .....	44
<i>Sabine Mangold-Will</i>	
<b>Geschichte des Vorderen Orients im Überblick</b> .....	57
<i>Lutz Berger</i>	
<b>Muḥammad</b> .....	86
<i>Andreas Görke</i>	
<b>Der Hadith</b> .....	110
<i>Jens Scheiner</i>	
<b>Der Koran</b> .....	132
<i>Nicolai Sinai</i>	
<b>Rationale Theologie</b> .....	167
<i>Sabine Schmidtke</i>	
<b>Philosophie</b> .....	191
<i>Heidrun Eichner</i>	
<b>Bildung und Ethik im Islam</b> .....	210
<i>Sebastian Günther</i>	
<b>Recht I: vormodern</b> .....	237
<i>Christian Müller</i>	
<b>Recht II: Moderne (seit 19. Jh.)</b> .....	258
<i>Mathias Rohe</i>	

<b>Frömmigkeitsvorstellungen im Islam</b> .....	278
<i>Norbert Oberauer</i>	
<b>Sufismus und Volksreligion</b> .....	294
<i>Rüdiger Seesemann</i>	
<b>Die Schia</b> .....	310
<i>Rainer Brunner</i>	
<b>Historiographie</b> .....	338
<i>Konrad Hirschler</i>	
<b>Arabische Literatur</b> .....	349
<i>Beatrice Gründler, Verena Klemm, Barbara Winckler</i>	
<b>Kunst</b> .....	379
<i>Silvia Naef</i>	
<b>Architektur im islamischen Orient</b> .....	396
<i>Lorenz Korn</i>	
<b>Die Naturwissenschaften im Islam</b> .....	413
<i>Ulrich Rebstock</i>	
<b>Politik, Demokratie, Menschenrechte</b> .....	429
<i>Sabine Damir-Geilsdorf</i>	
<b>Wirtschaft und Islam</b> .....	452
<i>Heiko Schuß</i>	
<b>Geschlechterverhältnisse in muslimischen Gesellschaften</b> .....	463
<i>Bettina Dennerlein</i>	
<b>Islam und Nichtmuslime</b> .....	481
<i>Johanna Pink</i>	
<b>Reformismus, Islamismus und Salafismus in der arabischen Welt</b> .....	501
<i>Guido Steinberg</i>	
<b>Islam und abendländische Kultur</b> .....	527
<i>Felix Körner</i>	
<b>Islam in Europa und Amerika</b> .....	550
<i>Albrecht Fuess</i>	

<b>Muslimische Gesellschaften in Afrika</b> .....	574
<i>Roman Loimeier</i>	
<b>Südasiens</b> .....	589
<i>Jan-Peter Hartung</i>	
<b>Südostasiens</b> .....	608
<i>Thoralf Hanstein, Fritz Schulze</i>	
<b>Index</b> .....	629
<b>Umschrift und Aussprache arabischer und persischer Namen und Wörter</b>	657
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	659

### Verzeichnis der Karten

Die islamische Welt: Muslime, relativ und absolut .....	14
Mittlere jährliche Niederschläge und aride Monate im islamischen Raum ....	19
Bevölkerungsdichte und Urbanisierungsgrad im islamischen Raum 2010 .....	22
Detaillkarte zur Problematik Wasser im Nahen Osten .....	25
Detaillkarte zur Problematik Erdöl und Erdgas im Nahen Osten .....	28
Diagramme zur Problematik Erdöl und Erdgas im Nahen Osten .....	29
Die kolonialen Machtansprüche im islamischen Raum zu Beginn des 20. Jahrhunderts .....	39

### Verzeichnis der Abbildungen

Inschrift, Indien, Agra oder Delhi, 18. Jh. Doha, Museum für islamische Kunst. Foto: S. Naef, 2010 .....	382
Istanbul, Topkapı-Palast, Harem, Wohnräume der Königinmutter, Wanddekoration aus Kacheln mit Inschriften und Blumenmotiven (17. Jahrhundert); Trompe-l'Oeil-Deckenfresko, 18. Jahrhundert. Foto: S. Naef, 2011 .....	384
Weihrauchspender in Vogelform, Iran oder Zentralasien, 12.–13. Jahrhundert, Kuwait, Tareq Rajab Museum. Foto: S. Naef, 2004 .....	385

Wandbild aus Kacheln, Iran, 17. Jahrhundert, Paris, Musée du Louvre. Foto: S. Naef, 2006 .....	386
Maḥmūd Muḥtār, <i>Rückkehr vom Fluss</i> , Ende 1920er/Anfang 1930er Jahre. Kairo, Maḥmūd-Muḥtār-Museum. Foto: S. Naef, 1989 .....	389
Samīr aṣ-Ṣāʿig, Libanon, 1938-, <i>Güte (Niʿma)</i> , Siebdruck, 2004. Genf, Privatsammlung .....	390
Samarkand (Usbekistan), Rigistan-Platz (15.–17. Jahrhundert). Foto: L. Korn ...	402
Ribat-i Šaraf (Iran), Karawanserei (12. Jahrhundert). Foto: L. Korn .....	404
Kairo (Ägypten), Minarett der Moschee Altunbugha al-Maridani (1340). Foto: L. Korn .....	405
Aleppo (Syrien), Madrasat al-Firdaus (1235–41). Foto: L. Korn .....	407
Riyad (Saudi-Arabien), King Faisal Centre for Research mit Moschee (Entwurf Kenzo Tange, 1980). Foto: L. Korn .....	410

# Islam in Europa und Amerika

*Albrecht Fuess*

## 1 Einleitung

Die islamische Migration nach Europa<sup>1</sup> und Nordamerika brachte in den letzten 40 Jahren Millionen Muslime in die Länder der westlichen Welt. Europäischen Gesellschaften fiel der Umgang mit ihren muslimischen Einwanderungsgruppen dabei schwerer als nordamerikanischen, die sich als Einwanderernationen verstehen. In Nordamerika war die langfristige Ansiedlung der Regelfall, in Europa sollte dies eigentlich die Ausnahme darstellen. Ein weiterer bedeutsamer Unterschied zwischen der europäischen und nordamerikanischen Situation liegt darin, dass Muslime in Nordamerika in die Mittelschicht einwanderten und nicht in die Unterschicht wie in Europa. Die Situation der muslimischen Einwanderer nach Europa ist daher deutlich stärker von sozialen und bildungspolitischen Herausforderungen bestimmt.<sup>2</sup>

Die Geschichte der Migration erklärt, unter welchen Rahmenbedingungen sich die Strukturen muslimischen Lebens im Westen entwickelt haben. Heute stellt sich die Frage, ob hier ein »eigenständiger« Islam im Entstehen ist.

## 2 Migration von Muslimen nach Europa und Nordamerika

Die überwiegende Zahl der Muslime kam nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem zwischen 1965 und 1980 als Arbeitsmigranten nach Europa. Die Migration folgte dabei oft früheren Kolonialverhältnissen und fand in fast geschlossenen nationalen oder ethnischen Kohorten statt. So stellen Südasiaten in England und Nordafrikaner in Frankreich die deutliche Mehrheit der Einwanderer (jeweils über 70 %). In das deutschsprachige Zentraleuropa wanderten überwiegend türkische Arbeitsmigranten ein. Dieses »bi-nationale« Phänomen trug in erheblichem Maße dazu bei, dass sich Muslime in Europa nur sehr vereinzelt in übergreifenden europäischen Vereinigungen wiederfinden und sich stattdessen vor allem auf nationaler Ebene organisieren.

---

1 Im Kontext dieses Beitrages bezeichnet Europa vor allem die Länder der Europäischen Union als Ziele islamischer Migration seit dem Zweiten Weltkrieg. Die einheimische muslimische Bevölkerung des Balkans bleibt dabei ausgeklammert.

2 Hujer, Marc und Steinvorth, Daniel: »Die besseren Amerikaner«, 68–71.

In Nordamerika setzte eine größere muslimische Einwanderung erst zu Beginn der 1990er Jahre ein und ebte nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 im Zuge der danach verschärften Einwanderungsbestimmungen wieder deutlich ab. In Kanada und den USA wanderten die Muslime direkt in die Mittelschicht, weil beide Länder für Immigranten hohe ökonomische und bildungsrelevante Kriterien ansetzten. Auch stammen dort die Einwanderer aus völlig unterschiedlichen Ländern. Die größte ethnische Gruppe, nämlich Araber verschiedener Nationalität, macht gerade einmal 35 % aller muslimischen Einwanderer aus. Muslime in den USA begreifen sich auch deshalb stärker als Staatsbürger als in Europa. Ihre Zuwanderung erfolgte zudem von vornherein unter der Perspektive, amerikanischer oder kanadischer Staatsbürger zu werden und dort wohnen zu bleiben.

Bei der Anzahl der Muslime in den USA ist man auf Schätzungen angewiesen, da in den Vereinigten Staaten laut Gesetz nicht nach Religionszugehörigkeit gefragt werden darf. Die Angaben zur muslimischen Bevölkerungszahl schwanken zwischen 2,5 und 3 Millionen Personen, was etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.<sup>3</sup> Hinzu kommen noch mehrere hunderttausend Anhänger der afro-amerikanischen Vereinigung »Nation of Islam«, die seit den 1930er Jahren in den USA besteht und deren bekanntester Vertreter Malcolm X war. Sie folgt einem sehr speziellen Islamverständnis eines genuin schwarzen – gegen den weißen Rassismus gerichteten – Islams, der neu-eingewanderten Muslimen aus der islamischen Welt suspekt geblieben ist.

In Kanada lag die Zahl der Muslime 2010 bei ca. 940.000 und betrug somit 2,6 % der Bevölkerung.<sup>4</sup> Zwei Drittel der kanadischen Muslime sind Sunniten und ca. 15 % sind Schiiten. Der Rest verteilt sich auf weitere islamische Gruppierungen und Sufiorden.

Es ist nicht möglich, belastbare Zahlen zu muslimischen Bevölkerungsanteilen in Europa zu finden. Die kursierenden Schätzungen sind nur sehr grob, da viele Länder die Religionszugehörigkeit nicht statistisch erfassen. Das erklärt sehr große Schwankungen bei Zahlenangaben in der Sekundärliteratur. In einigen Ländern Südeuropas lebt zudem eine hohe Dunkelziffer illegaler Migranten. In Italien sind 2002 ca. 500.000 muslimische Migranten (vor allem aus Marokko und Albanien) legalisiert worden, wenn sie einen gültigen Arbeitsvertrag vorweisen konnten.<sup>5</sup> Momentan geht man von etwa einer Million legaler Muslime (unter zwei Prozent der Gesamtbevölkerung) in Italien aus, von denen nur ca. 50.000 italienische Staatsbürger sind. Über Südeuropa, vor allem Spanien und Italien, findet zurzeit überdies die einzige nennenswerte islamische Zuwanderung nach Europa statt. Diese besteht aus Bootsflüchtlingen, die aus Nordafrika nach Europa streben und deren Anzahl im Verlauf des arabischen Frühlings 2011 sprunghaft anstieg.<sup>6</sup>

---

3 PEW 2007: »Muslim Americans – Middle Class and mostly Mainstream!«, <http://pewresearch.org/pubs/483/muslim-americans>

4 PEW 2011: »The Future of the Global Muslim Population«, <http://www.pewforum.org/The-Future-of-the-Global-Muslim-Population.aspx>

5 Bundeszentrale für politische Bildung (BpB): »Italien. Abschluss des Legalisierungsprogramms, Migration und Bevölkerung 2/2004«, [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)

6 Bremer: Erledigung durch Legalisierung, Veröffentlichungsdatum: 20.4.2011, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-aus-nordafrika-erledigung-durch-legalisierung-1626820.html>

Laut UNHCR sind im »Rekordjahr« 2011 58.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa gekommen, mehr als 1.500 sollen bei dem Versuch der Überquerung ertrunken sein.<sup>7</sup>

Die Mehrzahl der Muslime wanderte in den letzten Jahrzehnten aber nicht illegal nach Europa ein, sondern kam während der Wirtschaftswunderzeiten seit den 1960er Jahren in großen, staatlich geförderten Einwanderungswellen als Arbeitsmigranten.

Großbritanniens Situation unterscheidet sich insofern vom Rest des Kontinents, als es nicht der wirtschaftliche Aufschwung der 1950er Jahre war, der muslimische Arbeitskräfte ins Land holte. Erstens spürte man diesen Aufschwung auf den Inseln deutlich weniger, und zweitens waren viele Muslime bereits vorher als Bewohner des britischen Commonwealth, der damals ungefähr ein Viertel der Weltbevölkerung umfasste, eingewandert. Bis 1962 konnten Angehörige des Commonwealth ohne Visum ungehindert nach Großbritannien einreisen. Viele südasiatische Muslime versuchten aus wirtschaftlichen Gründen in London und den nord- und mittlenglischen Industriestädten ihr Glück. Auf Grund der kolonialen Vorgeschichte muslimischer Einwanderung nach Großbritannien sind – als Nachfahren von Einwanderern aus den früheren britischen Überseegebieten – fast alle Muslime in Großbritannien britische Staatsbürger und können daher uneingeschränkt an politischen Entscheidungsprozessen mitwirken. Mit dem »Immigration Act« von 1972 verloren jedoch die Bewohner des Commonwealth sämtliche noch verbliebenen Einreiseprivilegien, was drastisch fallende Zuwanderungszahlen nach sich zog. Die Herkunft der britischen Muslime bringt es mit sich, dass das Verhältnis der Einwanderer zu ihrem Aufnahmeland bis heute durch die gemeinsame Kolonialgeschichte mitgeprägt ist. Die Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit von Britisch-Indien und militärische Auseinandersetzungen der südasiatischen Nachfolgestaaten untereinander erfuhren und erfahren starke Aufmerksamkeit in der britischen Innenpolitik. In Großbritannien schätzt man die Zahl der Muslime für 2010 auf 2,9 Millionen (4,6 % der Bevölkerung).<sup>8</sup>

Ähnliche Hypothesen des kolonialen Erbes belasten das Verhältnis des französischen Staates zu seiner muslimischen Bevölkerung. Als besonders schmerzhaft empfanden Franzosen und Nordafrikaner den Algerienkrieg von 1954 bis 1962, nach dessen Beendigung zehntausende von algerisch-arabischen Kollaborateuren, sogenannte *harkis*, sowie ca. eine Millionen *pieds-noirs*, algerisch-französische Siedler, nach Frankreich flohen. Wegen der guten wirtschaftlichen Situation der sechziger Jahre kamen dann weitere Einwanderer auf Jobsuche nach Frankreich. Es wurde Unternehmern leicht gemacht, Arbeiter aus dem Maghreb anzuheuern. 1972 führte die globale Wirtschaftskrise dazu, dass die Einwanderung aus ehemaligen Kolonien erheblich erschwert und anschließend auf die Familienzusammenführung beschränkt wurde.<sup>9</sup> Verlässliche Zahlen für die Größe der muslimischen Gemeinde in Frankreich sind nicht zu erhalten, seit das Gesetz »Informatique et Libertés« im Jahre 1978 ver-

7 <http://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlingemittelmeer100.html>

8 Abbas: *Muslim Britain*/ 20; PEW 2011: <http://www.pewforum.org/The-Future-of-the-Global-Muslim-Population.aspx>

9 Hansen: »Migration to Europe since 1945«, 27.

bot, Daten zur ethnischen und religiösen Zugehörigkeit zu erheben. Das französische Innenministerium schätzte für 2000 grob drei Millionen, das Pew Forum, ein unabhängiges stiftungsfinanziertes Meinungsinstitut, gab für 2010 die Zahl von 4,7 Millionen an, was 7.5 % der Bevölkerung ausmachen würde.<sup>10</sup> Fast alle von ihnen besitzen die französische Staatsbürgerschaft.

In Deutschland nahm die Zahl der Muslime in vier Jahrzehnten um das Zweihundertfache zu. Lebten noch 1961 knapp 15.000 Muslime in Deutschland, so zählte man 2002 über 3,3 Millionen, davon 500.000 mit deutscher Staatsbürgerschaft.<sup>11</sup> In den letzten zehn Jahren hat sich eine steigende Anzahl von muslimischen Bürgern, trotz dem als Einbürgerungshemmnis geltenden Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft, einbürgern lassen, so dass heute 45 % der mittlerweile etwa vier Millionen Muslime die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.<sup>12</sup> In den 1960er Jahren begünstigte das Wirtschaftswunder die Rekrutierung vor allem türkischer Arbeitskräfte, ehe 1973 ein Anwerbestopp erfolgte. Eingewanderte Türken und ihre Nachfahren machen bis heute etwa zwei Drittel aller Muslime in Deutschland aus, was dem deutschen Islam eine eindeutig türkische Färbung verleiht. Eine Besonderheit dieses deutsch-türkischen Islams stellen die ca. 400.000 Aleviten dar. Viele Aspekte ihrer Glaubenspraxis sind nicht mit traditionellen sunnitischen und zwölferschiitischen Vorstellungen kompatibel.<sup>13</sup> Daher wird innerhalb der alevitischen Gemeinde stark diskutiert, inwie weit das Alevitentum überhaupt zum Islam gehört. Wie gezeigt werden wird, gibt es darauf in Deutschland und Österreich bei den alevitischen Verbänden verschiedene Antworten.

In den restlichen Ländern der europäischen Union beträgt der Anteil der Muslime meist deutlich unter 3 %. Nur bei den Beneluxländern, der Schweiz und Österreich sowie Dänemark und Schweden finden sich Angaben von 4 bis 5 %.

Seit geraumer Zeit findet keine Einwanderung von Muslimen nach Europa in großem Maßstab mehr statt. Die Hochzeiten der Anwerbung und des Familiennachzugs sind lange vorbei. Deutschland verzeichnet nach Angaben des statistischen Bundesamts seit 2005 sogar eine jährliche Abwanderung aus Deutschland in die Türkei, die die Zahl der Neueinwanderer aus der Türkei übersteigt.

In der Europäischen Union leben somit ca. 17 Millionen Muslime unter 500 Millionen Nichtmuslimen, was 3–4 % der Bevölkerung ausmacht. Über 90 % von ihnen sind Sunniten. Weitere bedeutende Gruppierungen sind vor allem Schiiten iranischer oder libanesischer Herkunft und türkischstämmige Aleviten. Diese Zahlen sollte man sich bewusst machen angesichts populistischer Parolen von einer angeblich drohenden demographischen Islamisierung Europas, mit der Ängste vor Überfremdung geschürt

---

10 Ministère de l'Intérieur: *Le point sur l'islam en France*, 20–21; PEW 2011: <http://www.pewforum.org/The-Future-of-the-Global-Muslim-Population.aspx>

11 Şen und Aydın: *Islam in Deutschland*. 2.

12 BAMF: *Muslimisches Leben in Deutschland*, 11.

13 Die Aleviten verehren 'Alī, den Schwiegersohns und Cousin des Propheten Muḥammad, in weit stärkerem Maße als andere islamische Gruppierungen. Aleviten fasten nicht wie Sunniten im Ramadan und beten auch nicht in Moscheen, sondern treffen sich in sogenannten Gemeinschaftshäusern (»Cem«-Häusern).

werden sollen (man denke an Bat Ye'ors Buch *Eurabia* oder ähnliche Argumentationsstränge bei europäischen anti-islamischen Politikern wie dem Niederländer Geert Wilders oder Marine Le Pen vom Front National in Frankreich). Eine massive Zunahme muslimischer Bevölkerung ist unter den jetzigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein Ding der statistischen Unmöglichkeit.

Zudem zeigen Studien, dass sich die Zahl der Geburten bei muslimischen Migrantinnen der zweiten und dritten Generation dem jeweiligen nationalen Trend anpasst.<sup>14</sup> In Frankreich haben Musliminnen daher mehr Kinder als in Deutschland, da die Französinnen insgesamt mehr Kinder auf die Welt bringen als deutsche Frauen. Soziale Normen und gesellschaftliche nationale Rahmenbedingungen scheinen in diesem Zusammenhang also deutlich wichtiger als Verhaltensweisen des früheren Heimatlands oder religiöser Hintergrund. Die muslimische Bevölkerung dürfte daher in den Jahren bis 2030 in der EU nur noch moderat auf voraussichtlich um 6 % der europäischen Gesamtbevölkerung ansteigen, um danach konstant zu bleiben.<sup>15</sup> Ein weiterer bisher kaum beachteter Gesichtspunkt sind Personen, die sich trotz einem islamisch-kulturellen Hintergrund zum Atheismus bekennen. In Deutschland bezeichnet sich etwa ein Fünftel der bisher wegen ihrer ethnischen Herkunft von der Statistik automatisch als Muslime gezählten Personen ausdrücklich als Atheisten.<sup>16</sup> Diese Entwicklung wird mittelfristig zu einem Rückgang der muslimischen Bevölkerung in Europa führen.

### 3 Muslime in den staatlichen Kontexten Europas und Nordamerikas

Die Rahmenbedingungen für eine Institutionalisierung des Islams in den jeweiligen Gesellschaften unterscheiden sich in Europa und Nordamerika erheblich voneinander und führten daher bislang nicht zur Herausbildung eines einheitlichen europäischen oder westlichen Islams; vielmehr beobachtet man Nationalisierungstendenzen, die dadurch begünstigt werden, dass in den großen europäischen Ländern monolithische Einwanderungsblöcke vorherrschen. Muslimische Migranten müssen innerhalb dieser staatlichen Rahmenbedingungen handeln, wenn sie ihren Glauben analog zu einheimischen Christen in einer angemessenen religiösen Infrastruktur leben wollen.<sup>17</sup> Beim Umgang mit Religion finden sich fünf sehr unterschiedliche Modelle in Europa und Nordamerika.

14 So waren im Jahre 2010 türkische Frauen in Baden-Württemberg beispielsweise schon bei unter durchschnittlich 1,72 Geburten angelangt, nachdem die Zahl 1980 noch bei durchschnittlich 3,79 Geburten pro Frau lag. In den letzten Jahren bewegte sich die Anzahl der Geburten bei Frauen mit türkischer Staatsangehörigkeit zunehmend auf die 1,35 Geburten der deutschen Durchschnittsfrau zu, siehe: Brachat-Schwarz et al.: »Die türkische Bevölkerung in Baden-Württemberg«, 5.

15 Eigene Schätzung auf der Basis von: PEW 2011: <http://www.pewforum.org/The-Future-of-the-Global-Muslim-Population.aspx>.

16 BAMF: *Muslimisches Leben in Deutschland*, 318.

17 Siehe dazu auch: Fuess: »Islamic Religious Education«, 215–25. Eine divergierenden Modellvorstellung findet sich bei: Maréchal; »Modalities of Islamic instruction«, 42–8.

### 3.1 Laizität

Dieses Modell ist fast ausschließlich auf Frankreich beschränkt und hat darüber hinaus noch in einigen französischsprachigen Kantonen der Schweiz Relevanz. In ihrer Reinform bedeutet Laizität die absolute und strenge Trennung von Religion und Staat. In Frankreich entwickelte sich das Konzept der Laizität seit der Revolution von 1789 aus der Reibung des französischen Staates mit dem vorherrschenden Katholizismus – zu dem sich noch heute ca. 70 % der Franzosen bekennen.<sup>18</sup> Am Ende des Ringens stand 1905 das Laizitätsgesetz, in dem das Prinzip der Religionsfreiheit und der freien Religionsausübung deklariert wurde. Artikel 2 des Gesetzes formuliert, die französische Republik sehe keinerlei offizielle Anerkennung von Religionsgemeinschaften und auch keine staatlichen Gehälter für Kirchenangestellte oder ähnliche Subventionen vor.<sup>19</sup> Der neutrale laizistische Staat tritt bei Bedarf mit ausgesuchten religiösen Partnern, etwa der französischen katholischen Bischofskonferenz, in Kontakt. Seit 2004 besitzen die Muslime einen offizielle gewählte Vertretung, den »Französischen Rat des Islamischen Kultus« (*Conseil Français du Culte Musulman/CFCM*).

Die Anzahl der Wahlmänner für den CFCM richtete sich nach der Quadratmeterzahl der 995 wahlberechtigten Moscheegemeinden, da genaue Mitgliederzahlen muslimischer Verbände nicht vorlagen. Seit seinem Bestehen zeichnet sich der Rat aber dadurch aus, dass er nicht funktioniert – entweder, weil sich die islamischen Verbände Frankreichs gegenseitig blockierten, oder weil Querelen innerhalb eines Verbandes zur Wahl eines internen Gegenpräsidenten führten. Mitte 2013 fanden die aktuellsten Wahlen statt, und obwohl der marokkanischen Verband (*Rassemblement des Musulmans de France/RMF*) die meisten Stimmen erhalten hatte, machte die französische Regierung ihren Einfluss geltend, damit der Imam der algeriennahen »Grande Mosquée de Paris«, Dalil Boubakeur, wieder an die Spitze des Rats gewählt wurde. Boubakeur hatte sich in einer früheren Amtszeit bis 2008 bereits als liberaler Muslim hervorgetan, der die französische Öffentlichkeit nicht mit Forderungen für ein Ende des Kopftuchverbots an staatlichen Schulen verschreckte.

Zu den Aufgaben des CFCM gehören die Pflege des Kontakts zwischen Staat und Muslimen, die Koordinierung des Baus von Moscheen, die Regelungen der Speisevorschriften und die Gefangeneneseelsorge. Er legt zudem den genauen Beginn des Ramadans für die französischen Muslime fest, nachdem in der Vergangenheit verschiedene Verbände den Ramadan zu unterschiedlichen Zeiten hatten beginnen lassen.

Neben dem nationalen Conseil existieren auf ähnliche Weise gewählte muslimische Regionalräte. Der CFCM krankt aber daran, dass er für seine Arbeit kaum über nennenswerte Finanzmittel verfügt. 2005 hatte der französische Staat eine »Islamische Stiftung« ins Leben gerufen und als Startguthaben 800.000 Euro eingezahlt.<sup>20</sup> Weitere Mittel soll-

18 Mollenhauer: »Symbolkämpfe um die Nation«, 202.

19 Nielsen: *Muslims in Western Europe*, 13. Davon ausgenommen sind allerdings bis heute die Regionen Elsaß und Lothringen, die 1905 zum deutschen Kaiserreich gehört hatten.

20 In Frankreich existiert das Instrument einer »anerkannten Stiftung des öffentlichen Nutzens« (*Fondation reconnue d'utilité publique*). Einer solchen Stiftung dürfen staatliche Stellen trotz Laizität zu einem gewissen Grad Gelder zur Verfügung stellen, wenn das öffentliche Interesse festgestellt wurde., siehe: <http://vosdroits.service-public.fr/associations/F31023.xhtml#N100BF> [20.1.2014]

ten vor allem in Form von Spenden aus der islamischen Welt kommen, aber die Verwendung der Stiftungs-Mittel durch den CFCM sollte nur nach strikter Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung erfolgen. Der Vorgang stieß bei Vertretern des CFCM auf heftige Kritik, weil sie hier eine zu starke Einmischung des Staates und den Versuch sahen, den Islam in Frankreich nationalisieren zu wollen.<sup>21</sup> Da die Stiftung aber offensichtlich nur wenige Gelder einsammeln konnte, konnte der CFCM nicht in dem Maße für die islamische Gemeinde tätig sein, wie dies von der französischen Regierung gewünscht worden war.

Es existiert aber ein Bereich, in dem der französische Staat Religionsgemeinschaften eine Mitwirkung einräumen muss, nämlich im Schulsektor. Als die französische Republik im 19. Jahrhundert das Bildungsmonopol der katholischen Kirche aufbrach, konnte diese die staatliche Anerkennung für katholische Privatschulen in das neue System hinüberretten. Seit dem Schulgesetz von 1959 erhalten diese die Möglichkeit der staatlichen Anerkennung (»contrat d'association«), die die Finanzierung der Schulen durch den Staat nach sich zieht, wenn sie den staatlichen Lehrplan akzeptieren. Ca. 20 % des Schulwesens liegen bisher in konfessioneller Hand (katholisch: 9000 Schulen/ jüdisch: 300 Schulen). Seit im Jahr 2004 das Tragen des Kopftuchs in staatlichen Schulen durch den französischen Staat verboten wurde, propagierten Elterninitiativen die Gründung von islamischen Privatschulen, von denen 2013 bereits 30 existierten. Eine von ihnen, das »Lycée Averroès« im nordfranzösischen Lille, besitzt einen »contrat d'association«, d. h. der Staat zahlt die Lehrer, aber die Schülerinnen dürfen Kopftuch tragen.<sup>22</sup> Weitere Schulen dürften diesen Status bald erhalten, weil die absolute Trennung zwischen Staat und Kirche selbst im laizistischen Frankreich nicht gelungen ist und es offizielle Rechte für die Religionsgemeinschaften gibt, die Muslime nun ebenfalls in Anspruch nehmen. Dies gilt nicht für das Hochschulwesen, wo der Staat das alleinige Sagen hat. Als einzige islamische Privathochschule betreibt das der UOIF nahestehende »Europäische Institut für Geisteswissenschaften« (*Institut Européen des Sciences Humaines*) eine Lehreinrichtung in Chateau Chinon, an der Imame und islamische Gelehrte für Frankreich ausgebildet werden.

### 3.2 »Religion für alle«

Dieses Modell findet sich vor allem in den Staaten Nord-Europas, in denen der Protestantismus bis ins 20. Jahrhundert hinein, und zum Teil auch heute noch, die offizielle Staatskirche darstellt. In diesen Ländern fand sich die Kirche dazu bereit, andere Religionen, manchmal unter Beibehaltung einer Art »spirituellen Oberaufsicht«, in das bestehende Staats-Kirchenverhältnis zu integrieren.<sup>23</sup> Die Bezeichnung »Religion

21 La Ligue Nationale des Musulmans de France (LNMF)/<http://lnmf.net/article.php?sid=426>, Amiraux: »CFCM. A French Touch«, 24 f., Siehe auch, Fuess, Die Situation nichtchristlicher Religionsgemeinschaften in Europa, 105–125.

22 <http://www.leparisien.fr/societe/une-trentaine-d-etablissements-musulmans-en-france-06-05-2013-2783929.php> [24.1.2014]

23 Siehe, Fuess: »Islamic Religious Education«, 216.

für alle« rührt daher, dass hier in staatlichen Schulen ein allgemeiner Religionsunterricht eingerichtet wurde, in dem die Schüler gemeinsam konfessionsübergreifend über alle Weltreligionen unterrichtet werden.

Vor allem die skandinavischen Staaten, die Niederlande, Großbritannien und viele kanadische Provinzen kennen diesen Unterrichtsansatz.<sup>24</sup> Parallel existiert in diesen Ländern meist die Möglichkeit, religiöse Privatschulen und Universitäten zu gründen, die vom Staat ko-finanziert werden können. In Dänemark und Schweden finden sich daher private islamische Schulen, die in Partnerschaft mit dem Staat betrieben werden und staatlich anerkannte Abschlüsse vergeben. In Holland entstanden schon in den 1980er Jahren über 30 islamische Privatschulen, die der Staat komplett finanzierte. 1992 beschloss man wegen dieser sprunghaften Zunahme, die Gründung von religiösen Schulen zu erschweren.<sup>25</sup>

Als der Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh durch einen niederländischen Muslim im Jahr 2004 Holland erschütterte, verstärkten sich die Diskussionen, wie man die Integration gerade der jungen in Holland geborenen Muslime verbessern könne. Wie in anderen europäischen Ländern kam man darauf, die religiöse Bildung der jungen Muslime stärker in den staatlichen Kontext einzubetten. Imame und Theologen sollten auch an holländischen staatlichen Hochschulen ausgebildet und staatlich alimentiert werden. Da sich der holländische Islam aber in einen marokkanischen und einen türkischen Zweig aufteilt, gibt es nun an der Universität Leiden einen »marokkanischen« und eine »türkischen« Master für Islamische Theologie. Daneben bietet auch die private »Islamische Universität Rotterdam« Imamkurse an, deren Akzeptanz seitens des holländischen Staates noch umstritten ist.<sup>26</sup>

Das anglikanische Großbritannien ist der bevölkerungsreichste Staat des »Religion-für-alle-Modells«. Die Königin ist zugleich Oberhaupt der anglikanischen Kirche; andere Religionsgemeinschaften müssen also mit einem Staat in Kontakt treten, der sie administrativ immer als nachrangig behandeln wird.<sup>27</sup> Die Kontakte zwischen muslimischen Verbänden und dem britischen Staat intensivierten sich nach dem Herbst 1988, als Salman Rushdies Roman *Die Satanischen Verse* in Großbritannien veröffentlicht wurde. Bereits am 14. Januar 1989 wurde in Bradford vor einer Menge von 1000 Personen der als blasphemisch empfundene Roman wegen angeblicher Beleidigung des Propheten und seiner Frauen öffentlich verbrannt. Man sah vor allem in den Traumsequenzen des Romans, die in einem Bordell spielen, eine Diffamierung des Propheten und seiner Frauen.

24 In Deutschland läuft der Religionsunterricht in Bremen (»Unterricht in Biblischer Geschichte« – neuerdings auch mit muslimischen Lehrkräften) und Hamburg (»Hamburger Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung«) nach ähnlichen Prinzipien ab, da dort die traditionell sehr starke protestantische Kirche integrierende Modelle verantwortet. Die katholische Kirche verantwortet daneben wegen der spezifischen Diasporasituation in Hamburg eigenständige Formen des Sammel- und Blockunterrichts an Hamburger Schulen.

25 Fuess: »Islamic Religious Education«, 218–21.

26 Bodenstein: »Imamausbildungen in Europa«, 29.11.2009/ <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SubSites/DIK/DE/Religionsunterricht/Imame/ImameTheologie/Europa/europa-node.html> [24.1.2014]

27 Fetzer und Soper, *Explaining the Accommodation*, 47.

Die Unruhen in britischen Städten durch pro- und anti-Rushdie-Demonstrationen sowie der offene Mordaufruf durch den iranischen Revolutionsführers Khomeini veranlassten staatliche Stellen, intensivere Kontakte zu Muslimen und ihren Verbänden zu suchen, um nicht mehr von solchen Entwicklungen innerhalb der islamischen Gemeinschaft überrascht zu werden.<sup>28</sup> Die New Labour-Regierung unter Tony Blair beschloss 1997, ausgewählte islamische Privatschulen künftig staatlicherseits mitzufinanzieren, und unterstützte tatkräftig die Arbeit des *Muslim Council of Britain* (MCB), der ein Jahr zuvor durch den Zusammenschluss von 250 britischen islamischen Vereinen entstanden war. Dieser erhielt in der Folgezeit regelmäßig beträchtliche staatliche Zuwendungen für seine Projekte, bis der britische Eintritt in den Irak-Krieg 2003 diese kooperative Phase abrupt beendete, da der MCB sehr heftig die britische Nahost- und Afghanistanpolitik kritisierte. Seitdem ist das Verhältnis zwischen dem MCB und der britischen Regierung nachhaltig gestört.<sup>29</sup>

Dies wiegt umso schwerer, als das Land wegen der instabilen politischen Lage in den vornehmlich südasiatischen Herkunftsländern seiner Muslime in den letzten Jahren ein erhebliches Problem mit islamistischem Terrorismus in Europa besaß, man denke etwa an die Attentate von London 2005.

Der britische Staat ist hinsichtlich der Mitwirkung anderer Religionsgemeinschaften als der anglikanischen Kirche an keine gesetzlichen Vorgaben gebunden, aber die individuelle Freiheit wird in Religionsfragen sehr groß geschrieben. So sind die behördlichen Anforderungen für muslimische Elternverbände, islamische Privatschulen zu betreiben, nicht sehr hoch. Allein England und Wales verfügen laut Angaben der britischen Dachorganisation der Vereinigung muslimischer Schulen in Großbritannien (*Association of Muslim Schools*) über 160 islamische private Lehreinrichtungen vom Kindergarten bis zum College, das angehende islamische Theologen ausbildet.<sup>30</sup> Auch sind vielfältige Formen individueller muslimischer Glaubenspraxis möglich, die staatliche Anerkennung finden. So können muslimische Paare in rund einem Viertel der Moscheen auf den britischen Inseln staatlich anerkannt heiraten. Im Jahr 2008 schlug darüber hinaus der damalige anglikanische Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, öffentlich vor, in manchen Aspekten des Privatrechts, etwa im Ehe- und Scheidungsrecht, auch die Scharia gelten zu lassen. Anglikanisches Recht sei diesbezüglich Staatsrecht, und daher sollten auch für Juden und Muslimen im Sinne der Gleichberechtigung religiöse Gerichtshöfe in Privatrechtsangelegenheiten erlaubt werden.<sup>31</sup> Kurze Zeit später bestätigte die *Sunday Times*, dass fünf Scharia-Gerichtshöfe bestimmte Fragen nun rechtsverbindlich entscheiden könnten und dass britische Behörden diese Gerichtsbeschlüsse durchsetzen müssten. Die Kompetenz dieser Gerichte erstreckte sich vom Zivilrecht bis hin zu Fällen häuslicher Gewalt. Vorausset-

28 Siehe zu den Auswirkungen der Rushdie-Affäre bis in die britische Gegenwart auch: Malik: *From Fatwa to Jihad*.

29 Ware: MCB in the dock, 24.11.2006, <ftp://212.111.50.100/smo/MCB%20in%20the%20dock%20%20Prospect%20Magazine%20%2012.06.pdf>

30 Association of Muslim Schools: [www.ams-uk.org](http://www.ams-uk.org).

31 Nielsen: *Muslims in Western Europe*, 54; Feldman: »Why Sharia?«, 16.03.08, <http://www.nytimes.com/2008/03/16/magazine/16Shariah-t.html?pagewanted=all>

zung sei aber, dass die beteiligten Parteien zuvor die Kompetenz dieser Gerichte anerkennen würden. Kritische Stimmen sprachen sich gegen diese Praxis aus, da Frauen gezwungen werden könnten, vor diese Gerichte zu treten, die sie rechtlich, zum Beispiel in Erbschaftsangelegenheiten, nicht gleichstellten.<sup>32</sup>

Das Medieninteresse an den Scharia-Gerichtshöfen war auch im fünften Jahr ihres Bestehens unvermindert hoch. Doch für John Bowen, Professor für soziokulturelle Anthropologie an der Washington University in St. Louis, kommt diese offene Kritik vor allem dadurch zustande, dass alle Gerichte ihre Türen für externe Berichterstat-ter weit geöffnet hätten. Er selbst sei bei der Untersuchung der Gerichtshöfe andauernd auf französische, englische und amerikanische Filmcrews getroffen. Generell sehe er aber innerhalb der muslimischen Gemeinschaft eine sehr hohe Akzeptanz für die Gerichte. Es werde dort seiner Ansicht nach nicht gegen englische Gesetze verstoßen und die wachsende Präsenz von Frauen als Mitarbeiter in den Gerichten würde mittelfristig dazu führen, die bisherige Schiefelage von Entscheidungen zu Gunsten von Männern zu beheben.<sup>33</sup>

In der kanadischen Provinz Ontario, das als ehemalige Kolonie vom britischen Gesetzesrahmen beeinflusst ist, wurde 1991 ein System von religiösen Schiedsstellen vor allem im Eherecht eingeführt. Sobald beide Ehepartner zustimmten, waren die Ergebnisse dieser Schlichtung bindend. Dieses Vorgehen stieß in der kanadischen Öffentlichkeit auf Widerstand. Die Fronten verliefen selbst quer durch die islamische Gemeinde in Kanada. Der größte islamische Verband, der *Canadian Islamic Congress*, befürwortete sogar die Einrichtung spezieller Scharia-Gerichtshöfe, die über die bis dahin praktizierte Schlichtung hinausgingen. Der *Muslim Canadian Congress* sprach sich offen dagegen aus. Letztendlich wurde nach einer Welle von Protesten 2005 das gesamte Verfahren der staatlichen religiösen Schlichtung auch für Juden und Christen eingestellt.<sup>34</sup> Die Diskussion erreichte auch die benachbarte frankophone Provinz Québec. Dort wurde sie aber ebenfalls 2005 rasch vom Provinzparlament durch eine Resolution beendet, die sich der Einrichtung »de tribunaux dits *islamiques* au Québec et au Canada« widersetzte.<sup>35</sup>

Der nationalistische *Bloc Québécois* unter Premierministerin Pauline Marois verfolgt seit 2013 mit dem Slogan »un Etat neutre au service de tous« (Ein neutraler Staat im Dienst der Allgemeinheit) das Projekt, ähnlich wie in Frankreich sämtliche »überdimensionierte« religiöse Zeichen (»signes religieux ostentatoire«), vor allem das islamische Kopftuch, aus öffentlichen Einrichtungen zu verbannen. Die kanadische Bundesregierung unter Stephen Harper sieht dies aber sehr skeptisch und hat angekündigt, gegen diesen Eingriff in bürgerliche Rechte gesetzgeberisch vorgehen zu

32 Taher: »Revealed: UK's first official sharia courts«, 14.9.2008: <http://www.ctwilcox.com/articles/ukshariacourts.pdf>

33 Bowen: »Panorama's exposé of sharia councils didn't tell the full story«, <http://www.theguardian.com/commentisfree/belief/2013/apr/26/panorama-expose-sharia-councils-balance>

34 Alcoba: »Ontario rejects sharia law«, *National Post*, 12.9.2005: <http://secular.sa.utoronto.ca/docs/Sharia%20-%20National%20Post.pdf>.

35 *National Assembly of Québec*, »Votes and Proceedings of the Assembly«. Thursday, 26 May 2005 – No. 156.

wollen.<sup>36</sup> In Kanada stoßen somit der französische und der englische Ansatz zur Religion immer noch aufeinander.

### 3.3 Offizielle staatliche Anerkennung

Europäische Staaten, deren Bevölkerung vor dem 20. Jahrhundert nicht einem einheitlichen konfessionellen Bekenntnis gefolgt ist, haben im Lauf der Geschichte Modelle der offiziellen Anerkennung von Religionsgemeinschaften entwickelt. Dabei handelt es sich um Länder, die historisch bedingt eine große Anzahl sowohl von Katholiken als auch Protestanten beherbergen. Dieses Modell findet man vor allem in Belgien, Österreich, Deutschland und einigen deutschsprachigen Kantonen der Schweiz. Der einzige »monokonfessionelle« europäische Staat, der ein offizielles Anerkennungsverfahren kennt, ist das katholische Spanien. Es hat den Islam per Vertrag mit der Islamischen Gemeinde Spaniens (*Comisión Islámica de España*) im November 1992 den bisherigen Konfessionen gleichgestellt, was beispielsweise Rechte bei der Ausbildung und Bezahlung von Lehrern für den islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen bedingt.<sup>37</sup> In Belgien erfolgte die offizielle Anerkennung des Islams im Jahre 1974, seitdem gibt es auch Islamunterricht an staatlichen Schulen. 1998 wählten belgische Muslime einen repräsentativen Rat der Muslime in Belgien (*Exécutif des Musulmans en Belgique*), der jedoch bei der operativen Arbeit ähnliche Probleme kennt wie das gesamte Land: Auch er teilt sich an der belgischen Sprachgrenze in eine marokkanisch-wallonische und eine türkisch-flämische Fraktion, die einander das Arbeiten schwer machen. So unterrichten die 700 Lehrer für den Islamischen Religionsunterricht in staatlichen Schulen mit unterschiedlichen franko-marokkanischen oder flämisch-türkischen Lehrplänen. Seit 2004 werden in Belgien Imame (ebenso wie christliche Geistliche) staatlich finanziert, wenn eine Moscheegemeinde nachweisen kann, über mehr als 250 Gläubige zu verfügen. Mittlerweile werden auf diese Weise die Imame von 64 belgischen Moscheen alimentiert. Sie erhalten mangels islamischer Lehrstätten in Belgien ihre Ausbildung aber nach wie vor im Ausland, was in Belgien heftig kritisiert wird.<sup>38</sup>

Österreich hatte bereits als habsburgischer Vielvölkerstaat im Jahre 1912 den Islam offiziell als gleichberechtigte Religion anerkannt.<sup>39</sup> Lange Zeit blieb das sogenannte »Islamgesetz« inaktiv, doch mit der zunehmenden Einwanderung türkischer und bosnischer Muslime besannen sich österreichische Offizielle wieder darauf. Auf Grundlage des Gesetzes kam es 1979 durch die Kooperation des Staates mit muslimischen Persönlichkeiten zur Gründung der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGiÖ). Diese fungiert seitdem als offizieller Partner des Staates und beansprucht, sämtliche Muslime in Öster-

36 <http://news.nationalpost.com/2013/09/10/harper-government-warns-of-possible-legal-challenge-to-quebecs-proposed-values-charter/>

37 Fuess, »Islamic Religious Education«, 222.

38 Royen: »La formation des imams toujours en panne«, 18.10.2011: <http://www.levif.be/info/actua-lite/belgique/la-formation-des-imams-toujours-en-panne/article-1195119133371.htm>

39 Fuess: »Islamic Religious Education«, 223 ff.

reich zu vertreten. Im Auftrag des österreichischen Staates und durch ihn finanziert, bildet die IGGiÖ in der Islamisch Religionspädagogischen Akademie in Wien die momentan ca. 400 Islamlehrer für den Islamunterricht an staatlichen Schulen aus.<sup>40</sup> Von ihrem Recht, wie die katholische und evangelische Kirche eine sogenannte »Kultussteuer« zu erheben, macht die IGGiÖ keinen Gebrauch und beschränkt sich stattdessen auf einen kleinen jährlichen Mitgliedsbeitrag. Umstritten bleibt die IGGiÖ aber, weil sich viele Muslime von ihr nicht repräsentiert sehen. Offiziell anerkannt ist in Österreich nämlich seit K.-u.-K.-Zeiten die hanafitische Rechtsschule, wie sie mehrheitlich auf dem Balkan vertreten ist. In den letzten Jahren ist es zwar zu Modifikationen gekommen, aber vor allem schiitische Einwanderer folgen meist nur ungern der hanafitischen Richtung, zumal diese an der Akademie hauptsächlich von Absolventen der Azhar-Universität in Kairo gelehrt wird. Die Azhar bildet als eine der wenigen Ausbildungsstätten der islamischen Welt seit Jahren deutschsprachige islamische Theologen mit Zielrichtung Europa aus und kann somit Lehrkräfte an die Islamisch-Religionspädagogische Akademie in Wien entsenden.

Der österreichische Staat erkannte im Jahr 2010 die Islamisch-Alevitische Glaubensgemeinschaft als eigene Bekenntnisgemeinschaft innerhalb des Islams an; demnächst wird es also islamisch-alevitischen Unterricht in den Schulen des Landes geben.

Unter den Ländern, deren Gesetze eine offizielle Anerkennung von neuen Religionsgemeinschaften vorsehen, nimmt Deutschland die gewichtigste Rolle ein. Dies liegt nicht nur an seiner Einwohnerzahl, sondern auch daran, dass die Privilegien, die Deutschland einer anerkannten religiösen »Körperschaft des Öffentlichen Rechts« gewährt, sehr weitreichend sind. Sie umfassen u. a. die Erhebung der Kirchensteuer für die Religionsgemeinschaften durch den Staat sowie die Dienstherrenfähigkeit (d. h. Körperschaften können Beamte einstellen, deren Arbeitsverhältnis, sich am staatlichen Beamtenrecht orientiert).<sup>41</sup> Darüber hinaus wirken Staat und Religionsgemeinschaften gemäß Artikel 7 Abs. 3 des Grundgesetzes beim bekenntnisorientierten Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zusammen.<sup>42</sup> Die wachsende Anzahl muslimischer Schüler in staatlichen Schulen führte dazu, dass von Lehrer- und Elternschaft ein zunehmender Druck auf die Politik ausgeübt wurde, die Frage des bekenntnisorientierten Unterrichts für Muslime auf die politische Agenda zu setzen. Diese schulpolitische Frage bildete einen wichtigen Hintergrund für die Einberufung der ersten Deutschen Islamkonferenz (DIK) im Jahre 2006 durch den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble. Die Islamkonferenz sollte laut Schäuble dazu beitragen, dass sich die Muslime in Deutschland mehr und mehr als »deutsche Muslime« begreifen.<sup>43</sup> Man erwartete sich durch die Einführung des Islamischen Religionsunterrichts auch Fortschritte im Bereich der Integration und der Terror-

---

40 Ibid., 222 f.

41 Hinzu kommen noch: Der Beisitz bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, die Ausweisung von Plätzen für die Errichtung von religiös genutzten Gebäuden bei der Erstellung von Bauleitplänen, Mitwirkungsrechte beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk und zahlreiche steuerliche Vergünstigungen.

42 Lemmen: *Muslime in Deutschland*. 183.

43 Schäuble: »Einwanderung und Integration. Muslime in Deutschland«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.9.2006.

bekämpfung. Im Verlauf der ersten DIK schlossen sich die vier großen deutschen Islamverbände – der Islamrat (als türkisch-nationaler Verband, der lange in Opposition zum laizistischen türkischen Staat stand), der deutsche Ableger der staatlichen türkischen Religionsanstalt (DITIB), der traditionell sufisch orientierte Verein islamischer Kulturzentren (VIKZ) und der die arabischen und/oder schiitischen Muslime repräsentierende Zentralrat der Muslime – zum gemeinsamen Koordinationsrat der Muslime (KRM) zusammen. Geredet wurde während der DIK I über Integration, Terrorismus, aber zunehmend eben auch über praktische Fragen des alltäglichen Zusammenlebens. In diesem Kontext stand vor allem der Religionsunterricht im Mittelpunkt. Da der Schulunterricht in der Hoheit der Bundesländer liegt, empfahl ihnen die DIK die flächendeckende Einführung eines islamischen Religionsunterrichts. Vor allem Nordrhein-Westfalen mit seinem zehnprozentigen muslimischen Bevölkerungsanteil und einer entsprechend großen muslimischen Schülerzahl nahm eine Vorreiterrolle ein. Die bereits an 150 Schulen vorhandenen Schulprojekte, die bisher »Islamkunde« genannt wurden, sollten möglichst rasch in bekenntnisorientierten Unterricht überführt werden. Im Februar 2012 stand dann ein Beirat für den »Islamischen Religionsunterricht« fest, den zur Hälfte der KRM stellt und dessen übrige vier muslimische Mitglieder von der Landesregierung nominiert werden.<sup>44</sup> Diesem Beirat wird das Recht zugestanden, ähnlich wie bei den Kirchen, eine Lehrbefähigung zu erteilen; ein ähnliches Beiratsmodell gilt in Niedersachsen.<sup>45</sup> Die Tatsache, dass staatliche Stellen sich sehr aktiv in die Konzeption des islamischen Religionsunterrichts und die Zusammensetzung der Beiräte einmischen, stößt aber auch auf Kritik.<sup>46</sup> Hessen ging einen anderen Weg und hat 2012 zwei islamische Verbände (Aḥmadiyya<sup>47</sup> und Ditib) als offizielle Religionsgemeinschaft mit den damit verbunden Rechten anerkannt.<sup>48</sup> In Hessen ist zudem mit der *Ahmadiyya Muslim Jamaat* der erste Verband des islamischen Spektrums als »Körperschaft des öffentlichen Rechts« anerkannt worden. Weitere Verbände auf Seiten der Sunniten, Schiiten und Aleviten werden sicher folgen. Dies könnte wegen der Vielfalt der (finanziellen) Rechte, die dieser Status mit sich bringt (etwa in Form einer »Moscheesteuer«), die islamischen Gemeinden

44 »KRM und NRW-Schulministerium einigen sich auf Beiratsnamen«, <http://islam.de/19850>

45 »In Niedersachsen fehlt nur noch eine Unterschrift«, 5.03.11: <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2011/03/38490/es-bedarf-eines-legitimierten-ansprechpartners-auf-muslimischer-seite/>

46 Horstkotte: »Auf dem Schulweg zum Staatsislam«, FAZ, 24.7.2012, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/islamischer-religionsunterricht-auf-dem-schulweg-zum-staatsislam-11830510.html>

47 Die *Ahmadiyya Muslim Jamaat* bezieht sich auf die Lehren des südasiatischen Gelehrten Mīrẓā Ġulām Aḥmad (gest. 1908 in Lahore). Seine Anhänger sehen in ihm den Verheißenen (Mahdi/Messias), der die Endzeit einleitet und den Rang eines Muḥammad nachgeordneten Propheten einnimmt. Vor allem der letzte Punkt bringt sie in starken Gegensatz zu sunnitischen Gemeinschaften, die Muḥammad für den letzten Propheten halten, den Gott den Menschen sandte. In Pakistan ist die Gemeinschaft offiziell verboten, daher wanderten viele Anhänger nach Europa aus. Die Nachfolger (»Kalifen«) des Mīrẓā Ġulām Aḥmad residieren in London.

48 »Islamischer Religionsunterricht in Hessen auf der Zielgerade«, 3.7.2012, <http://nh24.de/index.php/politik-und-wirtschaft/21-politik-und-wirtschaft-nordhessen/57671-beer-islamunterricht-ab-schuljahr-20132014-moeglich>

Deutschlands langfristig zu den reichsten islamischen Gemeinschaften in Europa machen.

Auch hinsichtlich von staatlich geförderten Einrichtungen von islamischen Theologien befindet sich Deutschland ganz vorne: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat im November 2010 Universitätsstandorte in den fünf Flächenländern mit dem höchsten Anteil an Muslimen ausgewählt, um dort das Fach Islamische Theologie neu anzusiedeln oder weiterzuentwickeln. Das Ministerium stellt dafür bis 2015 knapp 18 Millionen Euro bereit, denn für die ca. 700.000 muslimischen Schüler bundesweit werden in den nächsten Jahren etwa 3000 Lehrer benötigt. Damit verfügt Deutschland innerhalb Europas über die mit weitem Abstand größte staatlich finanzierte Islamische Theologie.<sup>49</sup> An sechs deutschen Universitäten lehrten im Wintersemester 2012/13 bereits dreizehn muslimische Professoren und zwei muslimische Professorinnen, und weitere Berufungen sind geplant.

Das deutsche Staatskirchenrecht hat es parallel zu dieser Entwicklung auch ermöglicht, dass sich eine Religion »neu gegründet« hat. Während, wie oben erwähnt, die österreichischen Aleviten im islamischen Spektrum verblieben sind, hat sich in Deutschland der bedeutendste alevitische Verband daraus gelöst. Er positioniert das Alevitentum als unabhängige eigenständige Religion, obwohl sich drei Viertel der deutschen Aleviten laut aktueller Untersuchung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge eigentlich als Muslime sehen.<sup>50</sup> Die Alevitische Gemeinde in Deutschland e. V. gab 2004 mit ihrer Schrift: »Das Alevitentum. Eine Glaubens- und Lebensgemeinschaft in Deutschland«, eine Art Gründungsurkunde heraus, in der die Grundlagen ihres Glaubens und ihre Unabhängigkeit vom Islam geschildert werden.<sup>51</sup> Im Sommer 2005 erkannten nach Berlin auch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg das Alevitentum als eine eigenständige Glaubenslehre an, seit 2008 gibt es folgerichtig in einigen Bundesländern alevitischen Religionsunterricht.

### 3.4 Vollständiges Ignorieren

Dieses Modell wird im katholischen Italien praktiziert. Die katholische Kirche, der über 80 % der Italiener angehören, bildet den offiziellen Ansprechpartner des Staates in Religionsfragen. Andere Religionsgemeinschaften, selbst des christlichen Spektrums wie die orthodoxe und protestantische Gemeinde, werden nachrangig behandelt, auch wenn einige Vereinigungen z. B. der Buddhisten Verträge mit dem italienischen Staat abgeschlossen haben, die ihnen einige Rechte zusichern. Dennoch werden islamische Organisationen bislang von staatlichen Stellen ignoriert. Da sich die meisten Muslime bis vor wenigen Jahren illegal in Italien befanden, sah man von offiziel-

49 Fuess: »Die Einrichtung islamischer Theologien«, 173–182.

50 BAMF: *Muslimisches Leben in Deutschland*, 22. Siehe auch: Gorzewski: *Das Alevitentum in seinen divergierenden Verhältnisbestimmungen zum Islam*, 328.

51 Kaplan (Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.), *Das Alevitentum. Eine Glaubens- und Lebensgemeinschaft in Deutschland*, Köln 2004.

ler Seite keinen Handlungsbedarf hinsichtlich des Islams. Frühere Bemühungen seitens sozialistischer Regierungen in Hinblick auf eine stärkere Annäherung des Staates an islamische Verbände wurden von den Regierungen Berlusconi auf Eis gelegt. Zudem scheiterten in den Jahren 1998 und 2000 Versuche islamischer Vereine, sich zu einem Gesamtverband der Muslime in Italien (*Consiglio Islamico d'Italia*) zusammenzuschließen. Moscheen, wie die von Saudi-Arabien bezahlte große Moschee von Rom, benötigen daher ausländische Finanzierung. Privatinitiativen von Muslimen werden blockiert. 2005 argumentierte Innenminister Giuseppe Pisanu, dass er für einen »Italienischen Islam« eintrete und islamische Privatschulen für ungeeignet auf dem Weg dahin halte.<sup>52</sup>

Griechenland mit seiner orthodoxen Staatskirche ignorierte ebenfalls lange das Vorhandensein einer islamischen Gemeinde, obwohl in Nordgriechenland seit Jahrhunderten eine einheimische muslimische Minderheit lebt und sich in den letzten Jahren eine Anzahl von Muslimen rund um Athen neu ansiedelten. Lange zog sich daher die Bewilligung eines Moscheebauprojekts durch das griechische Parlament hin. Erst 2007 wurde der innenpolitische Streit beigelegt und der gesetzlichen Rahmen so weit geändert, dass der Bau der Athener Moschee auf den Weg gebracht werden konnte, indem das Parlament 15 Millionen Euro an Staatsgeldern freigab.<sup>53</sup>

### 3.5 Der Religiöse Markt<sup>54</sup>

Im Gegensatz zur Situation in Europa kennen vor allem die USA keinen starren institutionellen und juristischen Rahmen hinsichtlich des Umgangs mit Religionsgemeinschaften und setzen auf ein System größtmöglicher Freiheit hinsichtlich von Religionsgemeinschaften. Dies bedeutet auch, dass neue Religionsgemeinschaften beim Aufbau religiöser Infrastruktur nicht behindert werden, wenn sie die Finanzierung eigenmächtig stemmen können. Die USA kennen seit ihrer Gründung die starke Präsenz religiöser Gruppen, von denen viele in der Neuzeit aus Europa geflohen sind. Die europäischen Aversionen gegen visuelle Zeichen des Islams wie Kopftuch (französischer Burka-Bann) oder Minarette (Schweizer Minarettverbot) stoßen in Amerika meist auf Kopfschütteln. Offizielle Stellen reagieren, wie ein Forschungsbericht des Kongresses zeigt, sogar mit Besorgnis auf die Lage in Europa. Die europäischen Staaten, heißt es da, seien wegen ihrer falschen Integrationspolitik und der starken sozialen Benachteiligung der Muslime zu einer Brutstätte für islamischen Extremismus geworden. Europäische Länder hätten es versäumt, aus Muslimen loyale Staatsbürger zu machen.<sup>55</sup>

52 Nielsen: *Muslims in Western Europe*/ 94 ff.; Fuess: »Islamic Religious Education«/ 224 f.

53 Karamanolis: »In Athen kann endlich eine Moschee gebaut werden«, 1.2.2007 <http://www.dw.de/dw/article/0,,2334450,00.html>

54 Bei dem Begriff des Religiösen Markts oder des Religiösen Wettbewerbs in den USA beziehe ich mich auf Überlegungen von Anja-Maria Bassimir und Michael Blume, »Yes, we believe. Vier Gründe, warum Amerikaner anders glauben«, *Gehirn und Geist* 04/2009, 38–39.

55 Cesari: »Islamophobia in the West«, 23.

In Nordamerika, das staatliche Unterstützung für Religionsgemeinschaften nicht vorsieht, befinden sich Religionsgemeinschaften in einem starken Wettbewerb um Mitglieder, die den Betrieb der Religionsgemeinschaft aufrechterhalten. 85 % der Amerikaner gehören einer Religionsgemeinschaft an, aber die Hälfte der gläubigen US-Bürger bekennt sich im Erwachsenenalter zu einer anderen Religionsgemeinschaft als der, in der sie erzogen wurde.<sup>56</sup> Die Vielfalt in Glaubensfragen führt laut Meinung von Beobachtern dazu, dass die Gesellschaft insgesamt religiöser ist und ein aus ihrer Sicht unverkrampfteres, aus europäischer Sicht fast schon naives, Verhältnis zu Religion hat.<sup>57</sup>

Es gilt in diesem Zusammenhang auch zu beachten, dass die amerikanischen Muslime wegen des Selektionsprozesses bei der Einwanderung heute überwiegend zur amerikanischen Mittelschicht gehören, dass also innenpolitische Probleme und soziale Verteilungskämpfe, die im Zusammenhang mit muslimischen Migranten in Europa eine bedeutende Rolle spielen, in Amerika wegfallen. Kompliziert stellt sich aber das Verhältnis der amerikanischen Muslime zur von ihnen als pro-israelisch empfundenen Ausrichtung der US-Außenpolitik dar.

## 4 Entsteht im Westen ein »eigenständiger« Islam?

Die Frage, ob »der Islam« mit dem Westen kompatibel ist, scheint in Europa sehr viel intensiver diskutiert zu werden als in Amerika. Dies mag an der oben beschriebenen größeren Bandbreite des amerikanischen »religiösen Marktes« liegen, in dem sich niemals eine Staatskirche ausbildete, sondern das Mit- und Gegeneinander von religiösen Sekten die Regel war. Dies lässt islamischen Gemeinden auch für Neuerungen und Experimente mehr Freiraum. So entstand beispielsweise die von orthodoxen Muslimen abgelehnte oben beschriebene schwarzamerikanische »Nation of Islam« in den USA. Auch eine islamische Frauenrechtlerin wie Amina Wadud ist in Europa noch nicht in Sicht. Amina Wadud, die als Tochter eines Methodistenpfarrers 1972 zum Islam übertrat, unterrichtete als Professorin Religionswissenschaft an der Virginia Commonwealth University. Sie erregte internationales Aufsehen, als sie 2005 in New York vor einer Gruppe von Männern und Frauen das Freitagsgebet leitete, was in den Augen traditioneller Muslime nur Männern vorbehalten ist.<sup>58</sup> Insgesamt stellt sich die Situation der islamischen Gemeinschaften in Nordamerika analog zur gesamten Religionslandschaft vielfältiger dar als in Europa. Es findet sich dort ein weiter Bogen von extremistischen Salafis über feministische Musliminnen hin zu esoterischen Lifestyle-Sufis.

Die Forderung nach der Entstehung eines »amerikanischen Islams« hört man daher bisher noch nicht, aber in Europa sehr wohl den Wunsch nach einem »europä-

56 Bassimir und Blume, »Yes, we believe«, 39.

57 PEW: »Muslim Americans – Middle Class and mostly Mainstream«/http://pewresearch.org/pubs/483/muslim-americans

58 Siehe: Wadud: *Inside the Gender Jihad*.

ischen«, bzw. »deutschen« Islam, als könnte man den Islam so »zähmen«.<sup>59</sup> Die damalige deutsche Bundesbildungsministerin Annette Schavan sagte 2010 anlässlich der Einrichtung islamischer Theologien an deutschen Hochschulen, dass durch diese eine »europäisch-islamische Gelehrsamkeit« entstehen solle, die Züge von »Aufklärung, Selbstreflexion und Selbstkritik« tragen solle, die den Islam bereichern sollten. Deutschland leiste hier theologische »Aufbauleistung«.<sup>60</sup>

Auf der Seite muslimischer Denker finden sich schon länger Ansätze, die für eine Neudefinition des Islams im europäischen Kontext eintreten. Bereits 1992 prägte der frühere Göttinger Politikwissenschaftler Bassam Tibi den Begriff des »Euro-Islam«, den er in zahlreichen Publikationen weiter ausführte.<sup>61</sup> Er plädierte dafür, die französische Laizität als Religionsmodell auf ganz Europa zu übertragen. Religion solle im Privatbereich bleiben. Islamischen Verbänden – und damit meinte er vor allem das deutsche Beispiel – dieselben Rechte wie den Kirchen einzuräumen führe unausweichlich zur Stärkung eines fundamentalistischen Islam in Europa. Nur fundamentalistische Verbände, verfügten über ausreichende Finanzquellen (insbesondere aus islamischen Staaten), um sich effektiv den europäischen Staaten als Partner anzubieten. Ein laizistisches Modell würde diese fundamentalistischen Verbände, die ohnehin am finanzkräftigsten wären, nicht auch noch zusätzlich aus staatlichen Mitteln alimentieren.

Damit mag er Teile der aktuellen Entwicklung richtig vorausgesehen haben, allerdings ging seine Argumentation schon damals an der europäischen Verfassungswirklichkeit vorbei. Sein Eintreten für eine gesamteuropäische Laizität nach französischem Vorbild war utopisch und auch deshalb nicht zielführend, weil er in seinen elitären Konzepten nur bürgerliche, »aufgeklärte« Muslime in den Blick nahm. Tibis Konzept eines aufgeklärten europäischen Islams wurde daher durch viele Muslime in Europa abgelehnt und auch von Kollegen eher spöttisch beurteilt.<sup>62</sup> Ein weiterer Schwachpunkt in seinem Konzept besteht darin, dass »aufgeklärte« Muslime bisher nur in geringem Maße an der Gründung von Moscheegemeinden und Organisation von Koranunterricht für Kinder etc. interessiert sind. Insofern stellten, unabhängig von den Ressourcen, vornehmlich (tief-)gläubige Muslime die ersten Ansprechpartner der europäischen Staaten dar, da sie am ehesten an religiöser Infrastruktur interessiert sind. Alle bisher in Europa existierenden islamischen Verbände per se als fundamentalistisch zu bezeichnen, greift auch zu kurz und differenziert zu wenig innerhalb der islamischen Verbandslandschaft. Letztendlich scheitert Tibis »Euro-Islam« aber daran, dass es keinen übergreifenden Rahmen zu Religionsfragen innerhalb Europas gibt und sich Muslime daher immer nach nationalen Rahmenbedingungen richten müssen.

59 Zum »Zähmungsinteresse« des deutschen Staates, siehe: Brunner: »Islamische Theologie«, 104.

60 Sirleschtschov: »Schavan hofft auf Modernisierung des islamischen Glaubens«, 14.10.2010/ <http://www.tagesspiegel.de/politik/imam-ausbildung-schavan-hofft-auf-modernisierung-des-islamischen-glaubens/1957516.html>

61 Zuletzt: Tibi: *Euro-Islam. Die Lösung eines Zivilisationskonflikts*.

62 So bezeichnete der Bamberger Turkologe Klaus Kreiser den »Euro-Islam« als die ominöse »Ein-Mann-Sekte« eines Göttinger Politikprofessors: »Islamisten und Euro-Muslime«, *Süddeutsche Zeitung*, 15.2.1999.

Dennoch wirkt die Idee eines liberalen Euro-Islams fort, und obwohl sie sich dabei nicht direkt auf Bassam Tibis Konzept berufen, gründeten sich in Europa auf nationaler Ebene in letzter Zeit »liberale« islamische Vereine, die sich dezidiert gegen das Islamverständnis der in ihren Augen zu konservativen bisherigen islamischen Verbände aussprechen. So riefen Mitte 2009 laizistisch gesinnte Muslime in Frankreich die »Laizistische Föderation von Bürgern mit islamischer Prägung« (*Fédération Laïque des Citoyens de Sensibilité Musulmane*) aus und erklärten, die laizistische Revolution der französischen Muslime habe nun begonnen.<sup>63</sup> Solche bürgerlichen Initiativen – man denke in Deutschland auch an den »Bund liberaler Muslime« –, die sich für einen Rückzug des Religiösen in das Private einsetzen, tun sich momentan zwar noch schwer gegen die arrivierten islamischen Verbände, da es ihnen bisher an Mitgliedern und Moscheen fehlt, aber durch diese neuen Verbände könnten Impulse gesetzt werden, die auch auf die bisherigen Verbände zurückwirken.

Auf der Seite des konservativen Spektrums findet sich bei den europäischen Muslimen ebenfalls die Argumentation für einen europäischen Islam. Doch hier geht es vor allem um die Frage, ob man als gläubiger Muslim überhaupt in einem mehrheitlich nicht-muslimischen Land leben dürfe. Der profilierteste Vertreter des europäisch-konservativen Islams ist Tariq Ramadan, der in Genf geborene Enkel des Gründers der ägyptischen Muslimbrüder, Ḥasan al-Bannā. Sein Vater Saʿīd Ramaḍān hatte Ägypten 1954 verlassen und 1961 das islamische Zentrum in Genf gegründet, das sich zu einem europäischen Zentrum der Muslimbrüder in Europa entwickelte.

Der wahlweise als »conférencier«<sup>64</sup> oder als »erster Popstar des Euroislam«<sup>65</sup> titulierte Ramadan, den das *Time Magazine* im Jahre 2004 unter die 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt einreichte, profiliert sich, auch wegen seiner Herkunft, seit Ende der 1990er Jahre als einer der bedeutendsten muslimischen Repräsentanten in Europa. Sein Konzept von einem »Haus des Glaubenskenntnis« (*dār aš-šahāda*) setzte er der klassischen juristischen Dichotomie von »Haus des Krieges« (*dār al-ḥarb*) und »Haus des Islams« (*dār al-islām*) entgegen.<sup>66</sup> Seiner Auffassung nach darf man als Muslim in Europa leben, weil man hier seiner Glaubensausübung ungehindert nachgehen kann, man also beim Glaubensbekenntnis nicht gestört wird. Ramadan fand seine Anhänger zuerst bei den zornigen jungen Männern der französischen Banlieues und wirkte eloquent und charismatisch genug, um den französischen Mainstream trotz seinem sehr konservativen Islambild lange Zeit nicht zu verschrecken. Dies gelang ihm erst Ende 2003, als er in einer TV-Debatte mit dem damaligen französischen Innenminister Nicolas Sarkozy ein Moratorium in der Frage der Steinigung von Frauen wegen Ehebruchs anregte, damit sich die islamischen Gelehrten in Ruhe damit auseinandersetzen könnten.<sup>67</sup>

63 Riedel: »Der vielstimmige Islam in Europa«, 29–40.

64 Frégosi : »L'Imam, Le Conférencier et le Jurisconsulte«, 131–46.

65 Misik: »Das Gesicht der Scharia«, TAZ, 22.12.2004

66 Ramadan: *Muslimsein in Europa*.

67 Vgl. Fuess; »Rezension von Ghadban, Ralph: Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas«, 117–21.

Der Drang, Verhaltensweisen als erlaubt oder verboten zu klassifizieren, bedingt sich wohl aus Ramadans ideologischer Nähe zum ägyptischen, heute in Qaţar lebenden, Gelehrten Yūsuf al-Qarađāwī. Populär wurde dieser in der arabisch-islamischen Welt durch seine zu Beginn der 1960er Jahre erschienene Schrift »Das Erlaubte und Verbotene im Islam« (*al-ḥalāl wa-ḥarām fi l-islām*), die Muslimen einen Leitfadens zur richtigen Lebensführung an die Hand geben sollte. 1997 gründete sich in London der *European Council for Fatwa and Research* (ECFR),<sup>68</sup> dem Qarađāwī vorsteht. Dem Rat geht es darum, europäischen Muslimen zu helfen, in einer nichtmuslimischen Umgebung islamgemäß zu leben. Zu diesem Zweck verfasste Qarađāwī ein in der westlichen Islamwissenschaft stark beachtetes Buch zum islamischen Minderheitenrecht, das 2001 in Kairo erschien.<sup>69</sup> Grundsätzlich erkennt Qarađāwī darin an, dass sich Muslime in erster Linie an die jeweilige lokale Rechtsordnung zu halten hätten. Darüber hinaus versucht er, ihnen zu erklären, wie sie auch in Europa die Wege der Scharia beschreiten können, vor allem in religionspraktischen Angelegenheiten.

Der Einfluss ausländischer Religionsexperten wird in Europa in den nächsten Jahren vermutlich abnehmen, da viele europäische Länder wie oben beschrieben bereits über das komplette Angebot an islamischen Bildungsinstitutionen verfügen. Die islamischen Verbände agieren zunehmend selbstbewusst und stellten mit den Jahren ihr Selbstverständnis in Papieren dar, in denen sie ihr Verhältnis zum Staat skizzieren, etwa dem »Muslim Manifesto« des Muslim Parliament in Großbritannien von 1990, der »Charte du Culte Musulman« von Dalil Boubakeur, dem Imam der »Großen Moschee von Paris« von 1995, und der »Islamischen Charta« des Zentralrats der Muslime in Deutschland von 2002. Diese Papiere wurden von der jeweiligen Öffentlichkeit zuerst begrüßt, um dann nach intensiver Lektüre in vielen Detailfragen heftig kritisiert zu werden. Die Kritik drehte sich oft um das dort beschriebene Geschlechterverhältnis, thematisierte aber auch, dass die Papiere oft unterstrichen, dass Gott die höchste Autorität sei und Loyalität dem Staat nur solange gelten könne, wie Gottes Gesetze nicht in Frage gestellt würden.<sup>70</sup>

Auch vor dem Hintergrund der Kritik an der islamischen Charta arbeiteten Vertreter der deutschen islamischen Verbände<sup>71</sup> 2006 an einer Broschüre zur Scharia mit, in der die Gleichberechtigung von Mann und Frau als islamisches Prinzip ebenso anerkannt wie das Züchtigungsrecht des Mannes abgelehnt wurde. Nach dem Verständnis der unterzeichnenden Muslime sei Apostasie vom Islam kein Verbrechen, und eine Strafverfolgung für den Glaubensabfall widerspreche der im Koran veran-

68 Heute residiert er als private Stiftung in Dublin, Irland.

69 *Fī fiqh al-aqalliyāt al-muslima. ḥayāt al-muslimīn waṣaṭ al-muḡtama‘āt al-uḥrā*; siehe dazu jüngst: Albrecht: *Islamisches Minderheitenrecht*; Schlabach: *Scharia im Westen*.

70 Zur Kritik vor allem an der »Islamischen Charta« des ZMD, siehe: Brunner: »Die »Islamische Charta« des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Ein Beitrag zur Integration oder Mogelpackung?« (11.2.2003): <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/129994/die-islamische-charta-des-zentralrats-der-muslimen-in-deutschland>

71 Zu den Unterzeichnern gehörte neben Vertretern der DITIB, des VIKZ und der Ahmadiyya auch der damalige Zentralratsvorsitzende Ayyub Köhler. Dies ist deshalb von Bedeutung, da der Zentralrat für die »Islamische Charta« verantwortlich war.

kerten Glaubensfreiheit.<sup>72</sup> Damit gehen die Vertreter der Verbände über die »Islamische Charta« des ZMD hinaus und beschreiben ein Islamverständnis, das in vielen islamischen Ländern auf deutliche Kritik stoßen würde.

Die Diskussion der Papiere zu Staat und Islam leitet zum Feld der Wortführerschaft auf muslimischer Seite über, die in Europa bisher die organisierten Verbände innehatten. In Zukunft werden aber die Professoren der neugegründeten islamischen Theologien ein Wörtchen mitreden wollen, was in Europa zu innerislamischen Auseinandersetzungen führen wird.

Wie solche Konflikte aussehen können, verdeutlicht exemplarisch der Fall der Universität Münster. Es geht um die Frage, wie groß der Einfluss der islamischen Verbände in den universitären Zentren für Islamische Theologie sein soll. Seit Herbst 2013 wird in Nordrhein-Westfalen ein offener Konflikt zwischen den dortigen Verbänden des KRM und dem Land darüber ausgefochten, wie der KRM in einem beratenden Beirat an der Universität Münster eingebunden wird. Diese Frage wird nun von den Verbänden mit der Behauptung verknüpft, Mouhanad Khorchide, der dortige Professor für islamische Religionspädagogik, stelle in seinem Buch »Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion« Thesen auf, die mit dem Islam nicht vereinbar seien. Momentan rät der KRM daher seinen Mitgliedern offen vom Studium in Münster ab.<sup>73</sup> Diese Streitigkeiten werden aber nicht gewalttätig, sondern eindeutig in einem gesellschaftlichen Dialog ausgefochten.

In Europa finden sich neben den offiziellen Verbänden aber auch gewaltbereite Gruppen und Einzelpersonen aus dem extremistischen islamischen Spektrum, die sich aus jeglicher gesellschaftlicher Diskussion verabschiedet haben und die das Leben in »Kuffaristan«<sup>74</sup> (Land der Ketzer) komplett ablehnen.

Der extremistische Islam mit seinen einfachen Schwarz-weiß-Schemata bietet für orientierungslose Jugendliche auf der einen Seite Halt, andererseits bedeutet er für die Mehrheitsgesellschaft die größtmögliche Provokation. Obwohl der Gesamtanteil der Konvertiten im europäischen Islam marginal ist und bei 1–2 % liegen dürfte, ist er bei extremistischen Gruppierungen überrepräsentiert. Man denke an Eric Breininger von der Islamischen Dschihad Union, der 2010 in Pakistan getötet wurde, oder die sogenannte Sauerland-Gruppe, die Attentate in Deutschland vorbereitete. Umstritten ist auch der salafistische Prediger Pierre Vogel, der zwar nicht direkt zur Gewalt aufruft, aber in seinem Kölschen, mit arabischen Floskeln durchsetzten Dialekt eine extreme Einstellung zum Islam vertritt, die nicht-salafistische Muslime de facto vom Islam ausschließt. Radikalisierung bleibt aber nicht auf Konvertiten beschränkt, salafistische Prediger wie der Leipziger Imam Hassan Dabbagh verzeichnen ebenfalls Zulauf unter Teilen der jungen Einwanderergeneration, die sich von Deutschland, ihren Herkunftsländern, aber auch von ihren Eltern enttäuscht abwendet und

72 »Die Scharia als Glaubensweg von Muslimen«, <http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/Scharia-Endfassung.pdf>

73 Koordinationsrat.de: »Stellungnahme mit Gutachten des KRM zum Münsteraner Islamlehrstuhlinhaber Mouhanad Khorchide«, 17.12.2013/<http://koordinationsrat.de/detail1.php?id=138&lang=de>

74 Steinberg: *German Jihad. On the Internationalization of Islamist Terrorism/* 125

einen eigenen modern-archaischen Islam sucht.<sup>75</sup> Obwohl die absolute Zahl der gewaltbereiten Salafisten in Europa nur einige Tausend betragen dürfte, bereiten die mehreren hundert salafistisch-europäischen Dschihadisten, die momentan im syrischen Bürgerkrieg kämpfen, nicht nur den europäischen Sicherheitsbehörden großes Kopfzerbrechen.<sup>76</sup>

## Zusammenfassung

Bei der Betrachtung des Islams in Europa und Nordamerika zeichnen sich klare Nationalisierungstendenzen des organisierten Islams ab, weil sich islamische Verbände in bestehende gesetzliche Strukturen einpassen müssen. Gleichzeitig stellt man gerade bei jungen Leuten eine Individualisierung des islamischen Religionsverhaltens fest, da Muslime in Europa und Nordamerika, stärker als in der islamischen Welt, ihren eigenen persönlichen Islam gewissermaßen am PC zusammenzustellen können. Eigentlich könnte man diese Prozesse der Neudefinition des Islams und seiner Gläubigen in einem neuen Umfeld entspannt beobachten, würden nicht die Aspekte Terror, Alltagsdiskriminierung und Integrationsdiskussion das Verhältnis zwischen Muslimen und Nichtmuslimen belasten. Die Ursachen von Spannungen liegen dabei meist nicht im religiösen Bereich, sondern soziale Probleme führen gemischt mit alten historischen Feindbildern zu einer emotional aufgeladenen Mischung, die westliche Gesellschaften noch länger beschäftigen wird.

Dennoch sollte man auch einem positiven Blick in die Zukunft werfen. Die zahlenmäßig sehr große Migrationswelle nach Europa ist erst wenige Jahrzehnte her und in ihren Auswirkungen noch vielfach unverarbeitet. Es ist ein Prozess, der noch weitere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Gleichzeitig sind aber schon viele gemeinsame gesellschaftliche Projekte auf den Weg gebracht worden. Die Jugendarbeit für muslimische und/oder andere Jugendliche mit Migrationshintergrund wurde intensiviert, ebenso wie ein interreligiöser Dialog, der durch die Einrichtung europäischer islamischer Theologien professioneller geführt werden wird.

## Lesehinweise

Das umfassendste Buch, in dem die Lage der Muslime in der Europäischen Union beschrieben wird, ist immer noch Jørgen Niensens *Muslims in Western Europe*, das 2004 in dritter Auflage erschien. Einen Schwerpunkt in institutionellen Fragen setzen Joel Fetzer und Christoph Soper in dem Buch *Muslims and the State in Britain, France and Germany* (Cambridge 2005). Für die Muslime in Amerika sei auf Jane I. Smiths *Islam in America* verwiesen (New York 2010). Als Darstellung der Situation in ausgewählten europäischen Ländern, sind in diesem Kontext folgende Werke zu nennen: Deutschland: Ursula Spuler-Stegemann, *Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen* (Aktualisierte Neuauflage Freiburg

75 Siehe hierzu: Abdel-Samad: »Alienation and Radicalisation: Young Muslims in Germany«, 191–209.

76 Zur Lage der Salafisten in Frankreich, siehe: Adraoui: »Salafism in France«. Zu den Salafisten in Großbritannien siehe: Hamid: »The Attraction of »Authentic Islam«.

2007)/England: Taher Abbas *Muslim Britain. Communities under Pressure* (London 2005)/Frankreich: John R. Bowen *Why the French don't like Headscarves. Islam, the State and Public Space* (Princeton 2007). In den letzten Jahren ist die Fülle des islamischen Alltagslebens zunehmend in den Fokus der Forschung gerückt, siehe: *Everyday Lived Islam in Europe*, hrsg. von Jørgen Nielsen et al. (Ashgate 2014). Das wachsende Interesse der europäischen Öffentlichkeit an den Muslimen hat auch dazu geführt, dass der Brill Verlag seit 2012 zweimal im Jahr die akademische Zeitschrift *Journal of Muslims in Europe* herausgibt.

## Bibliographie

### a) Gedruckte Quellen

- Abbas, Tahir: *Muslim Britain, Communities under Pressure*, London, New York: Zed Books 2005.
- Abdel-Samad, Hamad: »Alienation and Radicalisation: Young Muslims in Germany«, in: Gerdien Jonker und Valérie Amiraux (Hrsg.): *Politics of Visibility. Young Muslims in European Public Spaces*, Bielefeld: Transcript 2006, 191–209.
- Adraoui, Mohamed Ali: »Salafism in France: Ideology, Practices and Contradictions«, in: Meijer, Roel (Hrsg.): *Global Salafism. Islam's New Religious Movement*, London: Hurst 2009, 364–83.
- Albrecht, Sarah: *Islamisches Minderheitenrecht: Yusuf al-Qaradawis Konzept des fiqh al-aqalliyat*, Würzburg: Ergon 2010
- Amiraux, Valérie: »CFM. A French Touch«, *ISIM-Newsletter* 12/2003/24 f.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge): *Muslimisches Leben in Deutschland – Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*, Nürnberg 2009.
- Bassimir, Anja-Maria und Blume, Michael: »Yes, we believe. Vier Gründe, warum Amerikaner anders glauben«, *Gehirn und Geist* 04/2009, 38–39.
- Brachat-Schwarz, Werner et al.: »Die türkische Bevölkerung in Baden-Württemberg. 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei«, *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 10/2011/3–13.
- Brunner, Rainer: »(Islamische) Theologie an der Universität- Warum eigentlich?« in: Mouhanad Khorchide und Marco Schöller (Hrsg.): *Das Verhältnis zwischen Islamwissenschaft und Islamischer Theologie*, Münster: Agenda 2012, 100–08.
- Cesari, Jocelyne: »Islamophobia in the West: A Comparison between Europe and the United States«, in: John L. Esposito und Ibrahim Kalin (Hrsg.): *Islamophobia. The Challenge of Pluralism in the 21<sup>st</sup> Century*, Oxford: OUP 2011, 21–43.
- Fetzer, Joel S. und Soper, Christopher J.: »Explaining the Accommodation of Muslim Religious Practices in France, Britain, and Germany«, *French Politics* 1/2003/1/39–59.
- Frégosi, Franck: »L'Imam, le conférencier et le juriconsulte: retour sur trois figures contemporaines du champ religieux islamique en France«, *Archives de sciences sociales des religions* 125/2004/131–46.
- Fuess, Albrecht: »Islamic Religious Education in Western Europe: Models of Integration and the German Approach«, *Journal of Muslim Minority Affairs* 27/2007/2/215–39.
- Ders.: »Die Situation nichtchristlicher Religionsgemeinschaften in Europa am Beispiel Frankreichs und Deutschlands«, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Multireligiöses Zusammenleben in der Türkei und in Europa – Gestern und Heute*, Ankara 2006, 105–25.
- Ders.: Rezension von Ralph Ghadban: *Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas*, Berlin: Hans Schiler 2006, in: *Die Welt des Islams*, 51/2011/117–21.
- Ders.: »Die Einrichtung Islamischer Theologien an deutschen Universitäten. Ziele und Verfahren«, in: Mouhanad Khorchide und Marco Schöller (Hrsg.): *Das Verhältnis zwischen Islamwissenschaft und Islamischer Theologie*, Münster: Agenda 2012, 172–83.
- Gorzewski, Andreas: *Das Alevitentum in seinen divergierenden Verhältnisbestimmungen zum Islam*, Berlin: EB-Verlag 2010.
- Hamid, Sadek: »The Attraction of 'Authentic Islam': Salafism and British Muslim Youth«, in: Meijer, Roel (Hrsg.): *Global Salafism. Islam's New Religious Movement*, London: Hurst 2009, 384–403.

- Hansen, Randall: »Migration to Europe since 1945: Its History and its Lessons«, *The Political Quarterly* 74/2004/1/25–38.
- Hujer, Marc und Steinvorh, Daniel: »Die besseren Amerikaner«, in: *Spiegel Special* 2008/2/68–71.
- Kaplan, Ismail *Das Alevitentum. Eine Glaubens- und Lebensgemeinschaft in Deutschland*, Köln 2004. (Publikation der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V.)
- Kreiser, Klaus: »Islamisten und Euro-Muslime«, *Süddeutsche Zeitung* 15.2.1999.
- Lemmen, Thomas: *Muslime in Deutschland. Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft*, Baden-Baden: Nomos 2001.
- Maréchal, Brigitte: »Modalities of Islamic instruction«, in: Brigitte Maréchal, Stefano Allievi, Felice Dassetto und Jorgen Nielsen (Hrsg.): *Muslims in the Enlarged Europe*, Leiden: Brill, 2003, 19–77.
- Malik, Kenan: *From Fatwa to Jihad: The Rushdie Affair and its Legacy*, London: Atlantic 2010.
- Ministère de l'Intérieur: *Le point sur l'islam en France*, Paris 2000.
- Misk, Robert: »Das Gesicht der Scharia«, *taz* 22.12.2004.
- Mollenhauer, Daniel: »Symbolkämpfe um die Nation. Katholiken und Laizisten in Frankreich (1871–1914)«, in: Heinz Gerhardt Haupt und Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt: Campus 2004, 202–30.
- Nielsen, Jørgen: *Muslims in Western Europe*, Edinburgh<sup>3</sup>: Edinburgh University Press 2004.
- National Assembly of Québec, National Assembly, First Session, Thirty-Seventh Legislature. *Votes and Proceedings of the Assembly*. Thursday, 26 May 2005 – No. 156.
- Ramadan, Tariq: *Muslimsein in Europa. Untersuchungen der islamischen Quellen im europäischen Kontext*, Köln: MSV Verlag 2001.
- Riedel, Sabine: *Der vielstimmige Islam in Europa: muslimische Beiträge zu Integrationsdebatten*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2010 [Forschungsbericht].
- Şen, Faruk und Aydın: Hayrettin: *Islam in Deutschland*, München: Beck 2002.
- Schäuble, Wolfgang: »Einwanderung und Integration. Muslime in Deutschland«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27.9.2006.
- Schlabach, Jörg: *Scharia im Westen. Muslime unter nicht-islamischer Herrschaft und die Entwicklung eines muslimischen Minderheitenrechts für Europa*, Berlin: Lit 2009.
- Steinberg, Guido: *German Jihad. On the Internationalization of Islamist Terrorism*, New York: Columbia University Press 2013.
- Tibi, Bassam: *Euro-Islam: Die Lösung eines Zivilisationskonflikts*, Darmstadt: Primus 2009.
- Wadud, Amina: *Inside the Gender Jihad. Women's Reform in Islam*. Oxford 2006.

## b) Online-Ressourcen

- Alcoba, Natalie: »Ontario rejects sharia law: Jews, Christians to lose their religious tribunals as Premier vows »one law for all««, National Post 12.9.2005. <http://secular.sa.utoronto.ca/docs/Sharia%20-%20National%20Post.pdf> [26.7.2012]
- Association of Muslim Schools/www.ams-uk.org
- Bodenstein, Mark: »Imamausbildungen in Europa«, 29.11.2009 <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SubSites/DIK/DE/Religionsunterricht/imame/imameTheologie/Europa/europa-node.html> [25.7.2012]
- Bowen, John: »Panorama's exposé of sharia councils didn't tell the full story«, <http://www.theguardian.com/commentisfree/belief/2013/apr/26/panorama-expose-sharia-councils-balance>
- Bremer, Jörg: »Erledigung durch Legalisierung«, 20.4.2011/<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-aus-nordafrika-erledigung-durch-legalisierung-1626820.html> [2.3.2012]
- Brunner, Rainer: »Die »Islamische Charta« des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Ein Beitrag zur Integration oder Mogelpackung?« (11.2.2003), <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/129992/diskussion-der-islamischen-charta-des-zentralrats-der-muslime-in-deutschland>
- Bundeszentrale für politische Bildung: »Italien. Abschluss des Legalisierungsprogramms, Migration und Bevölkerung« 2/2004/ [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de) [2.3.2012]

- Feldman, Noah: »Why Sharia?«, 16.03.08/ [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com) <http://www.nytimes.com/2008/03/16/magazine/16Shariah-t.html?pagewanted=all> [30.7.2012]
- Horstkotte, Hermann: »Auf dem Schulweg zum Staatsislam«, FAZ, 24.7.2012, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/islamischer-religionsunterricht-auf-dem-schulweg-zum-staatsislam-11830510.html> [26.7.2012]
- »Islamischer Religionsunterricht in Hessen auf der Zielgerade«, 3.7.2012/<http://nh24.de/index.php/politik-und-wirtschaft/21-politik-und-wirtschaft-nordhessen/57671-beer-islamunterricht-ab-schuljahr-20132014-moeglich> [26.7.2012]
- Karamanolis, Alkyone: »In Athen kann endlich eine Moschee gebaut werden«, 1.2.2007/<http://www.dw.de/dw/article/0,,2334450,00.html> [2.3.2012]
- Koordinationsrat.de: »Stellungnahme mit Gutachten des KRM zum Münsteraner Islamlehrstuhlinhaber Mouhanad Khorchide«, 17.12.2013/<http://koordinationsrat.de/detail1.php?id=138&lang=de> [22.1.2014]
- »KRM und NRW-Schulministerium einigen sich auf Beiratsnamen«, <http://islam.de/19850> [26.7.2012]
- »In Niedersachsen fehlt nur noch eine Unterschrift«, 5.03.2011/<http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2011/03/38490/es-bedarf-eines-legitimierten-ansprechpartners-auf-muslimischer-seite/> [2.3.2012]
- La Ligue Nationale des Musulmans de France (LNMf), <http://lnmf.net/article.php?sid=426> [2.3.2012]
- <http://www.leparisien.fr/societe/une-trentaine-d-etablissements-musulmans-en-france-06-05-2013-2783929.php> [24.1.2014]
- <http://news.nationalpost.com/2013/09/10/harper-government-warns-of-possible-legal-challenge-to-quebecs-proposed-values-charter/> [24.1.2014]
- PEW (The PewResearchCenter, Washington) »Muslim Americans – Middle Class and mostly Mainstream«, Dossier, Mai 2007. <http://pewresearch.org/pubs/483/muslim-americans>
- PEW, »The Future of the Global Muslim Population«, An Interactive Feature, January 2011. <http://www.pewforum.org/The-Future-of-the-Global-Muslim-Population.aspx> [2.3.2012]
- Royen, Marie-Cécile, »La formation des imams toujours en panne«. 18.10.2011/<http://www.levif.be/info/actualite/belgique/la-formation-des-imams-toujours-en-panne/article-1195119133371.htm> [26.7.2012]
- »Die Scharia als Glaubensweg von Muslimen«, <http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/Scharia-Endfassung.pdf> [26.7.2012]
- <http://www.suhaibwebb.com/islam-studies/faqs-and-fatwas/shaking-hands-with-a-non-mahram-dr-yusuf-al-qaradawi/>
- Sirleschtschov, Antje: »Schavan hofft auf Modernisierung des islamischen Glaubens«, 14.10.2010/<http://www.tagesspiegel.de/politik/imam-ausbildung-schavan-hofft-auf-modernisierung-des-islamischen-glaubens/1957516.html> [24.1.2014]
- Taher, Abul: Revealed: »UK's first official sharia courts«, 14.9.2008/[www.times.co.uk](http://www.times.co.uk) (<http://www.ctwilcox.com/articles/ukshariacourts.pdf>) [2.3.2012]
- <http://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlingemittelmeer100.html> [26.7.2012]
- <http://vosdroits.service-public.fr/associations/F31023.xhtml#N100BF> [24.1.2014]
- Ware, John: »MCB in the dock. The government is finally starting to notice that the Muslim Council of Britain is in denial about Islamic extremism in Britain«, 24.11.2006/<ftp://212.111.50.100/smo/MCB%20in%20the%20dock%20Prospect%20Magazine%202012.06.pdf> [2.3.2012]